
Newsletter Februar 2022

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 5
Neu in der Bibliothek.....	S. 10
Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.....	S. 11
Bildnachweise und Impressum.....	S. 15

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützer*innen und Interessierte,

vor zwei Jahren, am 19. Februar 2020, tötete ein Attentäter in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Es starben Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Anschließend erschoss der Täter seine Mutter und sich selbst.

Angehörige der Opfer sowie mit ihnen solidarische Menschen haben sich in der „Initiative 19. Februar“ zusammengefunden, um sich gegenseitig zu unterstützen und den Forderungen nach Aufklärung und politischen Konsequenzen einen dauerhaften Ort zu geben. Hoffnungen wurden in die Untersuchungen des Generalbundesanwaltes gesetzt, der seine Ermittlungen im Dezember 2021 einstellte. Es hätten sich „keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Beteiligung weiterer Personen als Mittäter, Anstifter, Gehilfen oder Mitwisser“ ergeben. Die Initiative kritisiert, dass die Rolle des Vaters des Täters nicht ausermittelt sei. „Vielmehr haben sich im Zusammenhang mit dem Prozess im Oktober 2021 wegen Beleidigungen des Vaters neue Hinweise darauf ergeben, wie offensiv der Vater das rassistische Weltbild seines Sohnes teilt“, so die Initiative.

Im hessischen Landtag war schon vor einiger Zeit ein Untersuchungsausschuss zu den Geschehnissen in Hanau eingerichtet worden. Dieser soll unter anderem klären, ob der der Anschlag hätte verhindert werden können, welche Pannen beim Einsatz in der Tatnacht unterliefen und zu welchen Versäumnissen es nach dem Anschlag kam. Im Dezember 2021 tagte der Untersuchungsausschuss erstmals öffentlich. Zu

Beginn wurden die Angehörigen angehört. Empörung über Polizei und Innenministerium äußern sie seit Monaten. Sie wollen wissen: Gab es Versäumnisse bei der Ausstellung der Waffenerlaubnisse für den Täter? Warum war die Notrufnummer 110 am Tatabend für Vili Viorel Păun und andere nicht erreichbar? Welche Verantwortung tragen Hessische Behörden dafür, dass der Notausgang am zweiten Tatort verschlossen war? Und was wussten die Behörden über den Täter und dessen Vater und wie wurde mit diesen Informationen umgegangen?

Vaska Zlateva, die Cousine von Kaloyan Velkov, sagte: „Ich möchte, dass alle, die Fehler gemacht haben in der Tatnacht und danach, bestraft werden, ich möchte, dass man sich für diese Fehler entschuldigt.“ Wie auch in anderen Fällen wird es wohl auf viele Fragen keine Antworten geben. In der Verantwortung der Zivilgesellschaft bleibt hingegen nun, dass die rassistischen Morde von Hanau nicht in Vergessenheit geraten. Die ibs veranstaltet anlässlich des Jahrestags von Hanau eine Lesung mit den Herausgeber*innen des Sammelbandes „Damit wir atmen können“. Sie findet als Präsenzveranstaltung am 8. Februar 2022 um 19 Uhr im NS-Dokumentationszentrum statt (s. S. 2).

Ich bedanke mich bei denjenigen, die Beiträge für diesen Newsletter verfasst haben und hoffe, dass Sie interessante Informationen finden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Für alle Veranstaltungen im NS-Dokumentationszentrum gilt: Für den Besuch einer Veranstaltung im Museum ist der 2G-Nachweis notwendig. Eine Anmeldung ist in den meisten Fällen aus organisatorischen Gründen erforderlich. Bitte informieren Sie sich unter www.nsdok.de (unter aktuelle Veranstaltungen) über die jeweiligen Bedingungen.

Bitte lesen Sie auch vor dem Besuch die aktuellen Corona-Schutzbedingungen der Kölner Museen: <https://museenkoeln.de/portal/Ihr-Museumsbesuch-Schritt-fuer-Schritt>

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führungen im EL-DE-Haus im Februar 2022



Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Eta-

gen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hinaus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

Führungen finden statt am 5. und 11. (englischsprachig) und 12. (für Familien) Februar 2022. Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Eintrittspreise und Anmeldemodalitäten unter: www.nsdok.de

Damit wir atmen können. Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr Lesung, Dienstag, 8. Februar 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Wieviel Hass ist nötig, um Menschen aus rassistischen Motiven heraus hinzurichten? In welcher Kontinuität stehen die NSU-Morde sowie die rassistischen Morde in Chemnitz, Kassel und Hanau? Welche Auswirkungen haben Rassismus und rassistische Gewalt auf Menschen mit Migrationsgeschichte? Warum ist Empowerment & Gegenwehr notwendig?

Auf all diese Fragen versucht der Band „Damit wir atmen können“ (2021) Antworten und Ausblicke zu geben. Ein Kristallisationspunkt für diese eindrückliche Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt und Gegenwehr war das „I can't breathe“ des Afroamerikaners George Floyd, dessen Ermordung durch einen Polizisten 2020 weltweit in einen Aufschrei mündete. Auch in Deutschland stattfindender Rassismus und verübte rassistische Gewalttaten haben tiefe Spuren hinterlassen – wie die NSU-Morde und -Anschläge, Halle und Hanau. Neben Misstrauen und Wut zeigt sich eine starke Betroffenheit. Die migrantische Perspektive leistet einen wichtigen

Beitrag zur Sichtbarmachung und Aufarbeitung von rassistischen Kontinuitäten. Im Rahmen der Veranstaltung, die anlässlich des zweiten Jahrestags des Anschlags von Hanau am 19. Februar 2020 stattfindet, werden ausgesuchte Beiträge des Bandes „Damit wir atmen können“ vorgestellt von Kemal Bozay, Serpil Güner, Orhan Mangıtay und Funda Göçer. Durch den Abend führt Fatih Çevikkollu.

Teilnahme: 4,50 Euro; erm. 2 Euro

Die Veranstaltung ist als Präsenzveranstaltung geplant. Aufgrund begrenzter Plätze ist eine Anmeldung erforderlich. Bitte beachten Sie, dass Anmeldungen nur in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt werden können. Anmeldungen bitte unter: nsdok@stadt-koeln.de



Jugendleben und -erleben in Köln: Gruppen und ihre Identitäten in den Veedeln **Online-Exkursion, Dienstag, 8. Februar 2022, 18 Uhr**



Besuchen Sie in dieser Online-Exkursion quer durch Köln die Stadtviertel zwischen Ehrenfeld und Rath, zwischen Nippes und Sülz. Erfahren Sie mehr über die Jugendkultur(en) in den verschiedenen Kölner Veedeln, über die Men

schen, die Gruppen und ihre Identität(en). Andrea Völcker stellt Ihnen in diesem multimediale Stadtrundgang Zeitzeug*innen und ihre Geschichte(n) vor, die individuelle Einblicke in das Jugendleben von den 1920er bis in die 1940er Jahre bieten – anhand derer aber auch die verschiedenen Gruppen von der dominierenden HJ bis hin zu den konfessionellen oder unangepassten Jugendgruppen sowie ihre Verankerung und die Treffpunkte in ausgewählten Stadtvierteln erläutert werden.

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis 06.02.2022 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38636&inst=14

Zwischen Verdrängen und Verantwortung **Exkursion zu Mahn- und Erinnerungsorten in der Innenstadt,** **Donnerstag, 17. Februar 2022, 16 Uhr**

An die Zeit des Nationalsozialismus wird heute in vielfältiger Weise erinnert: Im öffentlichen Raum und der Medienlandschaft, in Schule, Politik und gesellschaftlichen Diskursen wird der Opfer dieser Zeit gedacht. Diese Gedenk- und Erinnerungskultur hat ihrerseits aber eine wechselvolle, oft umstrittene Geschichte. Ausgehend vom EL-DE-Haus und der Gedenkstätte Gestapogefängnis erkunden Sie Erinnerungsräume im näheren Stadtraum: Anhand von Denkmälern, den Stolpersteinen oder neueren Mahnmalen werden die verschiedenen Formen und Ausdrücke der öffentlichen Erinnerungskultur in Köln erläutert.

Teilnahme: kostenfrei (Eintritt „Kurzbesuch“ Gedenkstätte)

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Anmeldung bis zum 12.02.2022 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37612&inst=14



Das jüdische Köln – Sichtbares und Verborgenes **Exkursion, Sonntag, 20. Februar 2022, 15 Uhr, Köln-Innenstadt**



Der Rundgang führt von der einstigen Gestapozentrale am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Verfolgen Sie die Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung.

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Teilnahme: 6 Euro

Anmeldung bis 15.02.2022 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37396&inst=14

Menschen, Bilder, Orte – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland



Vom 11. Februar bis zum 27. März 2022 zeigt das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln die Wanderausstellung „Menschen, Bilder, Orte – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Die Ausstellung mit vier multimedialen Kuben wurde vom MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln im Rahmen des Festjahres zu 1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland (#2021JLID) konzipiert und war bereits im

vergangenen Jahr in Essen, Münster, Köln (LVR-Landeshaus), Wesel und Dortmund zu sehen. Das Festjahr wurde nun offiziell verlängert, so dass die Ausstellung noch weiter, nun auch bundesweit, touren wird.

Die Ausstellung besteht aus vier begehbaren und multimedial bespielten Kuben (3 x 3 x 2,5 m), die sich auf ihren Außen- und Innenflächen jeweils einem der vier übergeordneten Themen widmen: Recht und Unrecht, Leben und Miteinander, Religion und Geistesgeschichte sowie Kunst und Kultur. Jeder Kubus steht für sich, doch die Inhalte verbinden sich zu einem Ganzen. Medial inszeniert wird die 1700-jährige jüdische Geschichte eindrücklich, vielfältig und interaktiv. In den Kuben entsteht eine eigene intensive Atmosphäre, visuelle sowie akustische Eindrücke vermitteln die Inhalte und über Interaktionen können die Besucher*innen diese auch selbst entdecken.

Gedenkfeier im Gremberger Wäldchen am 17. Januar 2022

Die Gedenkstätte im Gremberger Wäldchen wurde am 17. Januar 2022 wieder der Öffentlichkeit übergeben. Im Herbst 2020 war sie von Unbekannten zerstört. Die Bronzefigur „Trauernde Eltern“ von Klaus Balke wurde gestohlen. Nun hat der Künstler, auf Vermittlung des NS-Dokumentationszentrums, eine neue Fassung des Mahnmals geschaffen, ein Relief aus glasierter Keramik.

Anwesend waren trotz Regens ca. 50 Menschen. Die Köln-Kalker Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer enthüllte nach einleitenden Worten das neue Denkmal. Anschließend sprach der 92-jährige Künstler Klaus Balke. Ihm sei es wichtig, dass die Verbrechen, die in dem Lager begangen wurden, nicht in Vergessenheit geraten. Er erinnerte an die Aufstellung seines ersten Kunstwerkes im Jahre 1985, die besonders von der Friedensinitiative Köln-Poll voran gebracht wurde.

Werner Jung erläuterte danach die historischen Hintergründe. Die Gedenkstätte erinnert an ein Lager, in dem sowjetische Zwangsarbeiter/innen während des Zweiten Weltkrieges ermordet wurden. So hatte es am 8. April 1945 ein Massaker gegeben, als uniformierte Kräfte, die vermutlich aus Poll kamen, die Baracken des Lagers in Brand gesteckt hatten und auf Gefangene

schossen. Kranke Insassen starben in den Flammen. (Zur Zahl der Opfer gibt es unterschiedliche Angaben). Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

Das NS-Dokumentationszentrum war vor Ort, neben dem ehemaligen Direktor Werner Jung, durch den Historiker Frank Schwalm vertreten. Er beschäftigt sich schon seit seiner Schulzeit mit dem Massaker im Gremberger Wäldchen. Angeregt dazu wurde er damals durch Gespräche mit Künstler Klaus Balke, mit dem er seit den 1980er Jahren Kontakt hat. (fs)



Claudia Greven-Thürmer, Peter Frahsek (Restaurator), Klaus Balke (Künstler), Werner Jung

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Meldestellen für rassistische und queerfeindliche Vorfälle Nordrhein-Westfalen verstärkt Engagement gegen Hass und Diskriminierung

Das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration teilt mit: „Die Landesregierung setzt sich konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Hass ein. Bereits im Sommer 2021 hat das Ministerium eine Meldestelle Antisemitismus eingerichtet. Nun weitet Nordrhein-Westfalen planmäßig sein Engagement aus und schafft weitere Meldestellen für rassistische und queerfeindliche Vorfälle. Für die zunächst erforderliche Konzepterstellung und die Aufbauarbeiten werden Organisationen jetzt zur Abgabe von Interessenbekundungen aufgerufen.

Integrationsminister Joachim Stamp: ‚Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land. Rassismus, Queerfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzung sind ein Angriff auf unsere Gesellschaft, dem wir entschieden entgegenzutreten. Mit der Errichtung wissenschaftlich arbeitender Meldestellen werden wir die Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene verbessern und gleichzeitig das öffentliche Bewusstsein sowie unsere Kenntnisse zur Prävention von Diskriminierung erweitern.‘

Das bundesweit einzigartige koordinierte System von Meldestellen soll neben Antisemitismus die Bereiche Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus, anti-Schwarzen-, antiasiatischen und andere Formen von Rassismus sowie

Queerfeindlichkeit umfassen. Ziel der Meldestellen ist es, Betroffenen niedrigschwellig die Möglichkeit zu bieten, Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu melden und dokumentieren zu lassen. Dies soll die Grundlage schaffen für Berichte, Forschung und politisches Handeln.

‚Wir hoffen besonders auf Interessenbekundungen aus der Zivilgesellschaft heraus. Denn der Aufbau der Meldestellen soll in einem engen und vertrauensvollen Austausch mit Selbstorganisationen und Communities erfolgen,‘ sagte Integrationsstaatssekretärin Gonca Türkeli-Dehner.

Interessierte Organisationen können bis zum 25. Februar 2022 Projekt-konzepte für den Aufbau der Meldestellen im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens einreichen. Anhand eines Kriterienkatalogs erfolgt die Auswahl der Träger. Diese werden anschließend zur konkreten Antragsstellung aufgefordert.“

Aufruf zur Interessenbekundung sowie Hinweise und Materialien unter:

<https://www.bra.nrw.de/integration-migration/kompetenzzentrum-fuer-integration/einzelprojektfoerderung/meldestellen-fuer-faelle-von-diskriminierung-und-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit>

Für Demokratie und Zusammenhalt Gummersbacher Erklärung

Eine Initiative von Privatpersonen hat aus aktuellem Anlass die Gummersbacher Erklärung verfasst: „Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher, liebe Oberbergerinnen und Oberberger, seit einigen Wochen finden in Gummersbach sogenannte ‘Freiheitsmärsche’ gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie statt. Gleichzeitig arbeiten in den Krankenhäusern der Region Mediziner*innen und Pflegepersonal am Limit. Die Mehrheit der Menschen in unserer Region, in ganz Deutschland, verhält sich vernünftig, solidarisch und



rücksichtsvoll. Restaurants und Einzelhändler*innen setzen Schutzmaßnahmen um, Kultureinrichtungen haben zum Wohl aller Menschen ihren Betrieb stark eingeschränkt oder eingestellt, viele Unternehmer*innen versuchen mit

*Impfungen, Quarantänen und Tests ihre Produktion auch in der Pandemie aufrecht zu erhalten. Viele haben Angst um ihre Existenz. Wir alle wissen, dass die Bekämpfung der Pandemie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ja, wir können diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigen, im Vertrauen auf die Errungenschaften und Empfehlungen der Wissenschaft. Ein entscheidender Baustein zur Bekämpfung der Pandemie ist eine flächendeckende Impfung. Wir rufen daher alle Gummersbacher und Gummersbacherinnen, Oberberger und Oberbergerinnen erneut auf: Werden wir durch Impfung Teil einer beispiellosen weltweiten Solidaraktion! Wir sind auf dem Weg zu einer überwältigenden Mehrheit, die sich aus purer Vernunft für die Impfung entscheidet. Dann braucht es keine Impfpflicht. Sie haben es in der Hand. Medizinisches Personal ist fast vollständig durchgeimpft. Die wenigen Mitarbeiter*innen im medizinischen Sektor, die sich gegen eine Impfung wenden, gefährden die Menschen, die sich ihnen anvertrauen. Wir haben das große Glück, in einer freien, friedlichen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Die*

*Grundrechte schützen jeden Menschen und geben jeder Person die Möglichkeit, sich einzeln oder gemeinsam mit anderen einzubringen. Das Versammlungsrecht ist ein Grundrecht, das eine wesentliche Voraussetzung für unsere demokratische Grundordnung ist. Daraus entsteht auch eine Verantwortung des*der Einzelnen für die Gesellschaft in der er*sie demonstriert. Ja, wir können gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sein, einer Impfpflicht kritisch gegenüberstehen und pandemiemüde sein. Nein, wir marschieren nicht mit, wenn Initiator*innen der Freiheitsmarsch-Impfproteste die Pandemie als Vorwand nutzen, Wissenschaftsfeindlichkeit zu betreiben, Unruhe zu stiften und unsere Demokratie zu gefährden. Wir spazieren nicht mit, wenn gewaltbereite Montagsspaziergänger*innen versuchen, einen Teil der Gesellschaft abzuspalten. Wir demonstrieren nicht mit, wenn verdeckt oder offen ein Schulterschluss mit der rechtsextremen Szene geschieht.“*

Weitere Infos und Unterstützung der Erklärung unter:

www.gm-erklaerung.de

„Die da oben“

Filmreihe über Verschwörungsideologien, Fake News und Demokratieskepsis



Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „Nach der erfolgreichen Filmreihe im Kino ist die Filmreihe ‚Die da oben‘ über Verschwörungsideolo-

gien, Fake News und Demokratieskepsis nun erhältlich als Streaming bzw. zum Download, als Multistreaming zur Nutzung für ganze Gruppen in Kursen und Lehrveranstaltungen, auf DVD zum Ankauf bzw. zur Ausleihe.

Die Filmreihe beschäftigt sich mit den Gefahren für junge Menschen durch die Verbreitung von Fake News, Verschwörungsideologien und Demokratieskepsis. In kurzen Spielfilmen und Dokumentationen beschäftigen sich junge Menschen mit Verschwörungstheorien, der Verbreitung von Fake News im Social Web und reflektieren aktuelle demokratiefeindliche Strömungen. Die Filme gehen der Frage nach, warum

Menschen an Verschwörungstheorien glauben, wem sie nützen und was Menschen antreibt, sich demokratiefeindlichen Protesten anzuschließen. Aus ihrer Perspektive berichten junge Menschen auch von Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen, die durch die verschwörungsideologische Erschaffung von Feindbildern und Schuldzuweisungen verstärkt werden. Außerdem suchen die jungen Filmemacher*innen das Gespräch mit Demonstrant*innen der Querdenken-Bewegung. Im Gespräch mit Expert*innen lernen sie die Mechanismen von Verschwörungstheorien kennen.

Unsere professionell gestalteten Filme wurden von jungen und von erfahrenen Filmemacher*innen als Bildungs- und Aufklärungsmittel produziert. Sie zeichnen sich durch eine besonders hohe und authentische inhaltliche Dichte und ästhetische Qualität aus. Einige Filme wurden auf Festivals ausgezeichnet und im Fernsehen gesendet.“

Mehr Infos zu allen Filmen mit Filmtrailern und den Vertriebskonditionen unter:

www.medienprojekt-wuppertal.de

Queere Geflüchtete Neue Podcast-Folge

Der Kölner Flüchtlingsrat teilt mit: „Wie sieht Flüchtlingspolitik konkret in Köln und in der Region aus, fragst du dich? Was läuft gut, wo geht noch mehr? Diese und weitere Fragen werden Jashar und Daniel in diesem Podcast mit Hilfe interessanter und gut informierter Gäste beantworten. Die Folge 10 befasst sich mit dem Thema Queere Geflüchtete: Viele Menschen verlassen ihr Land, weil sie als Angehörige der LGBTIQ+-Community verfolgt werden. Doch wer sind die Verfolger*innen? Welche Gefahren

drohen in den jeweiligen Herkunftsländer und welche Perspektive haben sie, wenn sie nach Deutschland flüchten? Über diese und viele weitere Fragen haben wir mit unserer Kollegin Aische Westermann gesprochen.“

Die Folge im Webplayer sowie Links zum Podcastcatcher unter:

<https://www.koelner-fluechtlingsrat.de/podcast/hiergeblieben>

Terrorismus Podcast und Sammelband der bpb zum Thema



Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) teilt mit: „Wir haben uns im vergangenen Jahr unter anderem verstärkt mit dem Thema Terrorismus auseinandergesetzt – zunächst im Rahmen einer internationalen Fachtagung, anschließend in einem Podcast („Terrorismus – Strategie des Schreckens“; 20 Folgen plus Trailer) und schließlich in einem Sammel-

band („Terrorismus im 21. Jahrhundert – Perspektiven. Kontroversen. Blinde Flecken.“) mit mehr als 400 Abbildungen sowie Dutzenden Infografiken, Illustrationen und Beiträgen von mehr als 30 Autorinnen und Autoren.

Immer wieder gehörte dazu auch die intensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. So fragt beispielsweise Folge 4 des Podcasts nach den Anfängen des Terrorismus in Deutschland und blickt zurück in die 1920er Jahre und die Zeit der Organisation Consul, während das Buch uns in einer Foto-strecke mitnimmt an die unbekanntesten Orte des Rechtsterrorismus in Deutschland – fotografiert aus heutiger Perspektive von Mark Mühlhaus, kontextualisiert durch Barbara Manthe. Und Folge 5 des Podcasts spürt den Werwolf-Einheiten in Deutschland nach 1945 nach, während der Sammelband die Opfer rechtsterroristischer Anschläge zu Wort kommen lässt. Darüber hinaus sind Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus auch in vielen anderen Folgen des Podcasts und Texten des Buches präsent.“

Der Podcast unter: www.bpb.de/344102

Das Buch ist bestellbar: www.bpb.de/344841

Immun gegen Fakten Broschüre zu organisierter Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung

Die Amadeu Antonio Stiftung teilt mit: „Impfungen sind eine der wichtigsten Errungenschaften der modernen Wissenschaft. Aber es gibt Menschen, die das nicht wahrhaben wollen. Sie gefährden sich und andere. Radikale Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen belasten nicht nur unser Gesundheitssystem, sie gefährden unsere Demokratie. Mit ihrer Offenheit für rechtes, oftmals antisemitisches Gedankengut haben sie unserer offenen Gesellschaft den Kampf angesagt. Das zeigt sich nicht nur in unzähligen

Aufzügen, sondern auch in Brandanschlägen auf Impfzentren, Gewalt gegen Presse, Ärzt:innen, Politiker:innen und Menschen wie den 20-jährigen Alexander W., der dieses Jahr von einem Täter aus dem Querdenken-Spektrum erschossen wurde, nachdem er auf die Maskenpflicht hinwies.

Viele Menschen in Deutschland lassen sich nicht impfen, weil sie Verschwörungserzählun-

gen glauben, die sie auf dubiosen „Alternativmedien“ im Internet oder in Telegram-Chatgruppen gefunden haben. Viele dieser Verschwörungserzählungen existieren nicht, weil jemand „selbst gedacht“ hat, sondern sie dienen manipulierenden Absichten.

Wir wollen uns deshalb diese Formen von Manipulation, Desinformation und Verschwörungserzählungen ansehen: Wie funktionieren sie? Wie können wir sie erkennen, bevor wir sie glauben? Was genau macht die Ideologien der organisierter Impfgegner:innen so gefährlich für die Demokratie, welche menschenverachtenden Inhalte werden transportiert? Was können wir dagegen argumentieren?“

Die Broschüre zum Download unter:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/immun-gegen-fakten/>



Freiheitsrechte und Verschwörungserzählungen in Krisenzeiten Broschüre gibt Antworten auf 20 Fragen

Die Amadeu Antonio Stiftung und die Landeszentrale für politische Bildung Berlin teilen mit: „Das Coronavirus und der Umgang damit verändern unser aller Arbeits- und Privatleben. Gleiches gilt für Krisen solchen Ausmaßes generell. Der Umgang mit dieser Herausforderung ist sehr unterschiedlich. Manche ziehen sich ins Private zurück, andere engagieren sich sozial. Wieder andere fühlen sich ohnmächtig und überfordert angesichts der Vielzahl an Informationen und sich schnell ändernden Anforderungen. Und manche flüchten sich angesichts dieser Überforderung in die vermeintliche Einfachheit von Verschwörungserzählungen.

Die politisch Verantwortlichen müssen in dieser Situation schwierige Abwägungen zwischen den Anforderungen des allgemeinen Gesundheitsschutzes und dem Schutz der individuellen Freiheitsrechte treffen. Die aus diesem Abwägungsprozess resultierenden politischen Entscheidungen scheinen bei einem Teil der Gesellschaft die Gefühle von Ohnmacht und Kontrollverlust, aber auch ein generelles Misstrauen gegenüber den Mechanismen der liberalen Demokratie heranzurufen oder zu verstärken.

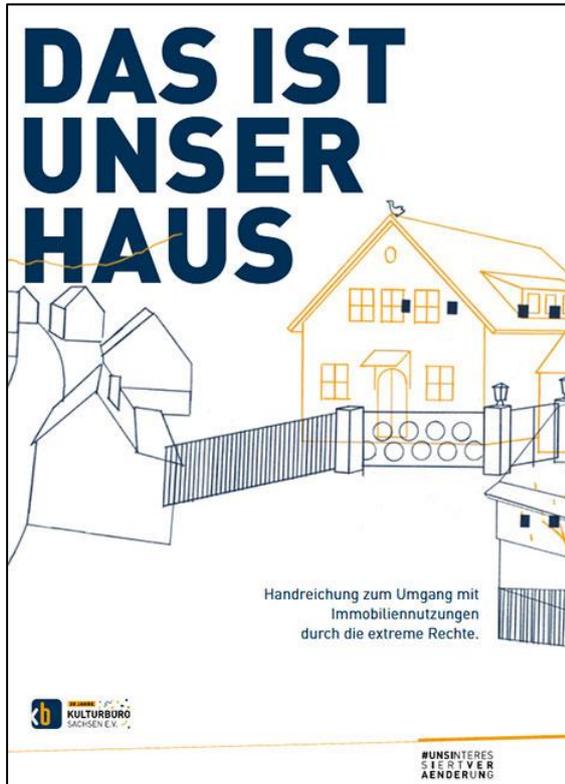
Der weitaus größere Teil aber trägt die Entscheidungen mit, wenn auch nicht kritiklos. Den manchmal recht schmalen Grat zwischen Kritik und Verschwörungserzählung möchten wir in diesem Heft näher ausleuchten.“

Die Broschüre zum Download unter:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/freiheitsrechte-und-verschwoerungs-erzaehlungen-in-krisenzeiten-20-fragen-antworten/>



Das ist unser Haus

Handreichung zum Umgang mit Immobiliennutzungen durch die extreme Rechte



Das Kulturbüro Sachsen teilt mit: „Seit 2001 beraten die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V. zum Umgang mit neonazistischen Erscheinungen in Sachsen. Seit Beginn der Arbeit spielt der Umgang mit Immobilien eine wichtige Rolle, sei es der Erwerb durch extrem rechte Akteur*innen, die Nutzung als Konzert- oder Veranstaltungsorte, sowie als Gemeinschafts- und Parteiräume. In den letzten Jahren häuften sich Beratungsanfragen von Initiativen, Anwohner*innen, Bürgermeister*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie Stadt- und Gemeinderät*innen zu Immobiliennutzungen durch die extreme Rechte. Unser Wissen und unsere Erfahrungen liegen nun in Form der Broschüre ‚Das ist unser Haus. Handreichung zum

Umgang mit Immobiliennutzungen durch die extreme Rechte‘ vor. Ausgehend von einer Situationsbeschreibung und einigen Praxisbeispielen sind darin Handlungsempfehlungen für die demokratische Zivilgesellschaft, für politisch Verantwortliche sowie Verwaltung/Behörden zusammengestellt. Wir wollen ermutigen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, Mitstreiter*innen zu suchen und Öffentlichkeit herzustellen.

Der Inhalt dieser Broschüre gibt erste Anregungen zum Umgang mit der Thematik und vermittelt Ansprechpartner*innen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit des Austauschs mit und der Begleitung durch unsere Mobile Beratung. Die Kolleg*innen verfügen über umfangreiche Erfahrungen zum Umgang mit Immobilienkäufen durch die extreme Rechte, besprechen mit Ihnen die konkrete Situation vor Ort und entwickeln gemeinsam mit den Akteur*innen aus den Kommunen mögliche Handlungsoptionen. Durch den Austausch im sachsenweit tätigen Gesamtteam bringen die Teams eine überregionale Perspektive und gute Beispiele anderer Orte in die Beratung ein.

Auch die im letzten Jahr vom Demokratie-Zentrum Sachsen veranstalteten KommunalDialoge zu diesem Thema unter dem Titel ‘Immobilienwerb durch Rechtsextreme’ fanden mit fast 50 Teilnehmende aus Stadt- und Landkreisverwaltungen große Resonanz und unterstreichen damit deutlich die Brisanz des Themas. Auf diese Veranstaltungen konnten wir unsere langjährige Expertise der Mobilen Beratung einbringen und nahmen gleichzeitig eine Vielzahl von Anregungen aus der Diskussion ‘Was können Kommunen und Menschen direkt vor Ort tun?’ mit.“

Die Broschüre zum Download unter:

<https://kulturbuero-sachsen.de/das-ist-unser-haus/>

Neu in der Bibliothek

Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit



Extrem rechte Diskurse und Praktiken zeigen sich auch in der Sozialen Arbeit oder nehmen Einfluss auf sie. Der Sammelband führt in über 30 Einzelbeiträgen auf 509 Seiten verschiedene Erkenntnisse und Perspektiven zusammen und bietet eine Übersicht über die extreme Rechte und Verbindungen zur Sozialen Arbeit. Neben theoretischen Grundlagen werden konkrete Erschei-

nungsformen in relevanten Arbeitsfeldern sowie professionelle und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien erörtert. Die Herausgeber*innen des Sammelbandes möchten hierzu nicht nur untersuchen inwiefern die Soziale Arbeit durch die extreme Rechte angegriffen wird, sondern ebenso reflektieren, inwieweit die extreme Rechte Teil Sozialer Arbeit ist, beziehungsweise

Anknüpfungspunkte bietet. So geht es beispielsweise um „Das Kulturvolk in klassischen Theorien Sozialer Arbeit“ oder die „Anschlussfähigkeit und Präsenz rechter Diskurse in der Sozialen Arbeit im Kontext von Erwerbslosigkeit“. Weiterführend geht es um verschiedene Aspekte von Handlungsmöglichkeit, beispielsweise „Antisemitismuskritik als Gesellschaftskritik – Die Aufgabe antisemitismuskritischer Bildung“ oder die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ als „innovativen Handlungsansatz zur Förderung demokratischer Alltagskultur im Gemeinwesen“. Im Gesamten möchte der Band so einen Beitrag zur theoriefundierten Praxisentwicklung leisten.

Christoph Gille, Birgit Jagusch, Yasmine Chehata (Hrsg.): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten

Beltz Juventa, Weinheim 2021
509 Seiten, 31,99 Euro
ISBN:978-3-7799-6626-5

Rassistische, antisemitische und extrem rechte Vorkommnisse in Köln und im Kölner Umland

Schuldpruch im Fall Bähler

Der Prozess gegen Hans-Josef Bähler endete am Montag, den 10. Januar 2022, mit einem Schuldpruch. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der damals 72-jährige Bähler am Abend des 29. Dezembers 2019 eine Gruppe Jugendlicher rassistisch beleidigt und den damals 20-jährigen Krys M. aus nächster Nähe angeschossen hat. Die abgefeuerte Waffe befand sich illegal in Bählers Besitz.

Was ist überhaupt passiert?

Krys M. verbrachte den Abend des 29. Dezembers 2019 mit drei Freunden am Rheinufer in Porz, ganz in der Nähe des Wohnhauses von Hans-Josef Bähler. Letzterer war zu dem Zeitpunkt noch CDU-Mitglied der Bezirksvertretung Porz. Bähler fühlte sich nach Eigenangaben durch die Jugendlichen gestört, ging vor die Tür und drohte damit, die Polizei zu rufen. In einem kurzen Wortwechsel beleidigte er die vier Jugendlichen zuerst rassistisch, dann schoss er mit einer nicht angemeldeten halbautomatischen Pistole aus maximal fünf Zentimetern Entfernung auf Krys M. Der Schuss war, wie ein Gerichtsmediziner im Laufe des Prozesses sagte, potenziell tödlich. Auch mehr als zwei Jahre später leidet M. noch unter körperlichen Schmerzen und psychischen Folgeschäden. Bähler wurde in Folge des Schusses nur vorübergehend festgenommen. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden noch weitere Waffen – welche sich teilweise ebenfalls illegal in Besitz des ‚Sportschützen‘ befanden – sowie 80 Kilogramm unsachgemäß gelagerte Munition gefunden.

Problematische Berichterstattung

Die Polizei konzentrierte sich in ihren Vernehmungen vorerst ausschließlich auf die Schussabgabe – obwohl Krys M. im Krankenhaus schon von den rassistischen Beleidigungen berichtete. Nachdem in der medialen Öffentlichkeit durch Thematisierung der Social Media Aktivitäten Bählers kurzzeitig auch die rassistische Ebene des Falls präsent war, schrieb die Lokalpresse später bloß vom „Schuss von Porz“ und Krys M. wurde teilweise als „polizeibekannt“ betitelt. Hierdurch wurde er als Betroffener diskreditiert, da nicht erwähnt wurde, dass er auch in diesen Fällen Geschädigter war. Erst nachdem

er und ein anderer Zeuge sich aus Eigeninitiative beim WDR und dem Kölner Stadt-Anzeiger meldeten, wurde der rassistische Aspekt des Vorfalls eingehend thematisiert. Es schien, als würden die staatlichen Institutionen erst hierdurch – und das weitere Aufgreifen dieser Aspekte durch andere Medien – reagieren. Die Ermittlungen wurden aufgrund des ideologisch zugrundeliegenden Motivs an den Staatsschutz verwiesen.

Schon zuvor engagierte Bähler die Kanzlei des damaligen WerteUnion-Sprechers Ralf Höcker, um zu verhindern, dass sein Name publik wurde. Weder Bähler noch seine Partei äußerten sich bis dahin zu der Tat. Höcker verschickte „Drohschreiben“ an sämtliche Redaktionen und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Der Anwalt bezeichnete die Berichterstattung als „wildgewordenen Twitter-Lynchmob“. Erst als sich der Generalsekretär der CDU, Paul Ziemak, per Twitter als erster seiner Partei äußerte und den Namen Bähler erwähnte, erschien auch eine Pressemitteilung der lokalen CDU. Ab dem Zeitpunkt nannten auch erste Medien den Namen Bähler und recherchierten weiter. Insbesondere seine Aktivitäten in den Sozialen Medien gerieten hier in den Fokus. Denn diese konnten deutliche Hinweise auf die rassistische und extrem rechte Einstellung Bählers geben.

Nachdem Bähler sein Mandat vorerst nur ruhen lassen wollte, trat er Ende Januar 2020 dann doch von allen Ämtern zurück – angeblich aber nur zum Schutz seiner Frau. Er wolle dies keineswegs als Schuldeingeständnis verstanden wissen, stattdessen sei sein Rücktritt bloß Ergebnis eines „Kesseltreibens“ und einer „rechtsstaatlichen Hatz“ gegen ihn.

Aggressive Verteidigungsstrategie

Ende Mai 2020 wurde wegen der besonderen Schwere des Falls vor der Großen Strafkammer Anklage erhoben. Allerdings dauerte es noch einige Zeit, bis der Prozess tatsächlich begann. Wegen der Covid-19-Pandemie und der angeblich fehlenden Dringlichkeit des Verfahrens wurde der Prozess auf vorerst unbestimmte Zeit verschoben. Zu Prozessbeginn zeigte sich dann, dass die verstrichene Zeit keinesfalls zu einem Umdenken oder zu einer Schuldeinsicht

Bähners geführt hatte. Ganz im Gegenteil inszenierte er sich hier erneut als das eigentliche Opfer. Die durch seinen Anwalt verletzte Erklärung blieb auch die einzige Äußerung von Bähler über den gesamten Prozess: Er sei an dem betreffenden Abend nur mit seinem Hund spazieren gegangen und habe der Gruppe seine Hilfe anbieten wollen. Die Waffe habe er nur aus Angst wegen vorheriger Vorfälle bei sich getragen. Da er aus der Gruppe heraus geschlagen worden sei, habe er einen Warnschuss abgeben wollen. Dieser habe Krys M. nur getroffen, da jemand aus der Gruppe Bähners Arm weggeschlagen habe. Auch wenn er hinsichtlich der Asylpolitik der CDU durchaus besorgt sei, wäre ihm jegliche „fremdenfeindliche“ Gesinnung absolut fern. Sein bis 2018 genutztes Facebook-Profil spricht jedoch eine andere Sprache: Hier teilte Bähler beispielsweise Beiträge extrem rechter Blogs, nahm Bezug zu antisemitischen Verschwörungsmythen und hinterließ einschlägige Kommentare gegen vermeintliche „Linksfaschisten“ oder die „EUdSSR“.

Dies änderte nichts an der Strategie der Verteidigung Bähners, die ausgesprochen aggressiv versuchte, die Glaubwürdigkeit der Betroffenen infrage zu stellen. Im Zeugenstand wurden die Betroffenen in eine Art Kreuzverhör genommen. Hier sollten sie sich beispielsweise dafür rechtfertigen, dass sie im Internet einer Initiative zur Aufklärung des Falls („Tatort Porz“) folgten. Krys M. musste sich darüber hinaus von Bähners Anwalt Mutlu Günal anhören „ein Hochstapler und ein Lügner“ zu sein. Unsicherheiten bezüglich der genauen Beschimpfungen Bähners (die bereits über zwei Jahre zurücklagen) nahm Günal als Indiz dafür, dass sie frei erfunden seien. Dass die Betroffenen erst zwei Wochen später gegenüber der Presse von den rassistischen Beleidigungen erzählten, wertete er als Hinweis auf eine nachträgliche Absprache. Dabei ließ sich die Konzentration auf den Schuss und die damit einhergehende Vernachlässigung des rassistischen Hintergrunds auf das problematische Ermittlungsvorgehen der Polizei zurückführen. Dies merkte auch Staatsanwalt Sinan Sengöz an. Sengöz wurde von Bähners Verteidi-

gung auf ähnliche Weise adressiert: Er sei aufgrund seines eigenen Migrationshintergrundes voreingenommen und daher auf die Betroffenen „hereingefallen“. Das Gericht bot indes den scharfen Angriffen auf die Betroffenen keinen Einhalt.

In den Zeugenvernehmungen der Jugendlichen stellten diese immer wieder Rassismus als Tatmotiv heraus und fanden treffende Worte zu der Tat. So betonte einer von ihnen, dass er gesehen habe, dass Bähler etwas Waffenähnliches in der Hand gehalten habe. Aber er habe nicht verstehen können, warum Bähler eine Waffe haben solle, Waffen seien in Deutschland immerhin nicht leicht zugänglich. Weiter betont der Zeuge, dass er nicht glaube, dass Bähler einen Warnschuss abgeben wolle. Denn diese gebe man in die Luft ab und nicht auf die Beteiligten.

Schuldsspruch ändert nichts an Grundproblem

Die Strategie der Verteidigung von Bähler ging letztendlich aber nicht auf. Hans-Josef Bähler wurde zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Der Vorsitzende Richter Ralph Ernst folgte damit weitgehend der Staatsanwaltschaft und betonte, dass es keinerlei Anzeichen für eine Absprache der Zeugen gebe. Indem im Urteil unter anderem ein „fremdenfeindliches“ Motiv als strafverschärfend genannt ist, wurde die rassistische Ebene der Tat anerkannt. Bähners Anwälte zeigten sich empört und kündigten an in Revision gehen zu wollen.

An dem gesamten Fall wird erneut deutlich, dass Rassismus ein strukturelles Problem ist, das alle Ebenen der Gesellschaft einschließlich ihrer Institutionen betrifft. Rassismus wird geleugnet, verharmlost und kleingeredet wird und das, obwohl er – wie in diesem Fall einmal mehr deutlich wurde – potenziell tödlich ist. (js)

Eine kritische Begleitung des Prozesses mit ausführlichen Berichten der einzelnen Verhandlungstage findet sich unter

Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig. <https://tatort-porz.org/prozessbeobachtung/>.

Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen gehen weiter

Auch im neuen Jahr gehen die Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen weiter. Und weiterhin sind extrem rechte Akteur*innen dabei involviert. So waren zum Beispiel am 17. Januar 2022 unter den ca. 2.000 Demonstrierenden in Köln auch etliche AfD-Mitglieder, wie Iris Dworeck-Danielowski, Fabian Jacobi, Christen Cremer, Phillip Busch und Rainhard Krasson. Laut „Köln gegen rechts“ reiste Krasson auch zu Protesten in anderen Städten und nahm dort im Block der Gruppierung „Revolte Rheinland“ teil. Kurz zur Einordnung: Die „Revolte Rheinland“ kann als neurechte und lokale Nachfolgeorganisation der sogenannten Identitären Bewegung betrachtet werden.

Auch die Partei „Die Rechte“ nahm an der Demonstration am 17. Januar in Köln teil. Weiter ließ sich auch der bekannte Neonazi Thomas Breuer („Köln für deutschen Sozialismus“), der lange von der Bildfläche verschwunden war, mal wieder blicken.

Bis ins Lokalfernsehen brachte es ein Mann, der an der Spitze der Demo mitging und wiederholt den Hitlergruß zeigte. Dies geschah zu dem Augenblick, als die Ansagerin Bianca Pfaffenholz behauptete „hier laufen keine Nazis mit“. Danach trug er das Frontbanner und wurde keinesfalls des Demonstrationzugs verwiesen. Positiv bleibt festzuhalten, dass es inzwischen einen ziemlich großen Gegenprotest gibt. (dp)

Proteste in Leverkusen

Im Kölner Stadtanzeiger erschien Mitte Januar ein Bericht (Corona-Proteste in Leverkusen. Wie Rechtsextremisten mit Neonazis Impfgegner umgarnen), der bestätigte, was Beobachter*innen längst vermutet haben: Hinter den angeblich bürgerlichen und spontanen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Leverkusen steht die rechte Splittergruppe „Aufbruch Leverkusen“ rund um Markus Beisicht (ex-„pro NRW“). So stellte der Aufbruch Leverkusen nicht nur die Technik, Werbekanäle und Redner*innen zur Verfügung, sondern die Schriftfüh-

rerin der Partei, Olga Stodola, meldet die Kundgebungen auch an. Auf diesen tauchte auch immer wieder der deutschlandweit bekannte und vielfach vorbestrafte gewalttätige Neonazi Alexander Kurth auf. Kurth dokumentierte die Veranstaltungen filmisch und veröffentlichte die Aufnahme über das extrem rechte Propagandaportal „Ungetrübte Media“ veröffentlicht. Der umtriebige Kurth (ex-NPD, ex-Die Rechte, Thügida/Wir lieben Sachsen) aus Leipzig trat am 16. Dezember 2021 auch selbst als Redner in Leverkusen auf. (dp)

Völkische und extrem rechte Agitation bei Corona-Protesten im Oberbergischen

Während die mediale Berichterstattung zu den Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung und die Corona-Impfungen meist auf die großen Events, etwa in Bonn und Düsseldorf, fokussiert ist, lohnt sich jedoch auch der Blick in den ländlichen Raum. Während die Demonstrationen alleine wegen der Teilnehmer*innenzahl meist eher unauffällig bleiben, ist der Ton in den entsprechenden Telegram-Gruppen teilweise schockierender und rauer als in den großen Städten im Rheinland.

Die größte öffentliche Telegram-Gruppe im Oberbergischen heißt „Oberberg bewegt!“ und hat über 1.300 Mitglieder. Die Inhaberin nennt sich „Eva“, ihr Account heißt „Ahnenpflege“. Sie postet immer wieder Weiterleitungen und Links in die Gruppe. Auch die Bewerbung eines Channels mit über 2.500 Abonnent*innen wird in dieser unwidersprochen zur Kenntnis genommen.

Dies kann verwundern, denn im Channel wird der Holocaust geleugnet, Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus verherrlicht, verbotene verfassungsfeindliche Kennzeichen gezeigt und offene Volksverhetzung betrieben. Doch auch in „Oberberg bewegt!“ wird Geschichtsrevisionismus betrieben und wiederholt die Existenz der Shoa in Frage gestellt und geleugnet. Dies geht unter anderem von der Gruppeninhaberin und zwei anderen User*innen aus.

Des Weiteren werden teilweise komplett absurde Verschwörungserzählungen geteilt. Hier ist die Rede von Reichsflugscheiben, Nazis auf dem Mond und Flacherde-Verschwörungsmärchen. Auch die Existenz von Viren wird ganz allgemein angezweifelt. Die weitergeleiteten Inhalte reichen von bereits erwähnten strafbaren Inhalten über Q-Anon Verschwörungserzählun-

gen bis hin zu den bekannten Stichwortgeber*innen der verschwörungsgläubigen Szene wie Oliver Janich oder Tim Kellner. Antisemitisches Vokabular ist gang und gäbe und sogar offene Morddrohungen gegen demokratisch Engagierte werden unkommentiert stehen gelassen. So ist die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung regelmäßig antisemitischen Anfeindungen aber auch Todesdrohungen ausgesetzt. In diese Linie stellen sich dann auch die Hetzer*innen bei „Oberberg bewegt!“, wenn sie posten: „dieses mal entkommt ihr nicht, dieses mal kommen alle Täter an den Strick...“ (sic).

„Eva“ bzw. „Ahnenpflege“ betreibt noch weitere zentrale Telegram-Gruppen der Szene, etwa „DSW_SchwarzWeißeListeOberberg“ (ca. 200 Mitglieder) in der Geschäfte und Gastronomie-Betriebe in sogenannten Blacklists und Whitelists gesammelt werden: „Mit #BlackList werden alle Geschäfte aufgeführt, die die Maßnahmen unterstützen. Mit #WhiteList alle Geschäfte, in die man ohne Test, ohne Maske und ohne Attestkontrolle hinein kann.“ Auch eine weitere Gruppe von „Eva“, „Einkaufen ohne Impfung Oberberg“ (ca. 200 Mitglieder), geht in eine ähnliche Richtung. Hier werden z.B. auch mutmaßlich gefälschte Impfausweise und Testbescheinigungen zum Verkauf angeboten. Auch in der öffentlichen Gruppe „*Ungeimpft* No Vax No Shit! NRW Oberberg und die Welt“ (ca. 550 Mitglieder) bietet Admin „Sabrina“ gefälschte Tests „zum Selbstkostenpreis“ an.

Für sieben beobachtete Telegram-Gruppen für Oberberg und Gummersbach konnte – unabhängig von Inhaber*in – Folgendes beobachtet werden: Die Inhalte und Nutzer*innen überschneiden sich fast überall stark, besonders die Accounts welche eifrig Inhalte teilen sind meist

in mehr als einer Gruppe aktiv. Manche Gruppen dienen mehr dem Diskussionsaustausch, während andere fast ausschließlich zum Verbreiten von Falschinformationen und verschwörungsideologischer Propaganda genutzt werden. Aber überall werden neben esoterischen und wissenschaftsfeindliche Artikeln und medizinischen Falschbehauptungen auch antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte in großer Zahl und ohne nennenswerten Widerspruch verbreitet. Hier finden sich Themen wie Xavier Naidoo, Q-Anon, Eva Hermann (eine Publizistin, welche unter anderem rechtspopulistische und verschwörungsideologische Thesen vertritt), die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit, der Verschwörungsideologe Ken Jebsen, der Zusammenschluss „Freie Sachsen“ sowie „Global-Patriots“, „kla.tv“ (ein von einer rechten Sekte betriebenes Medienprojekt) und Reichsbürger*innen-Propaganda.

Ein Blick in die Nutzer*innenliste zeigt, dass sich neben vielen bürgerlich wirkenden Accounts auch offen auftretende Neonazis an der Meinungsbildung beteiligen. Sie sind zum Beispiel an ihren Profilbildern zu erkennen. Hier findet sich neben einem Bild von Adolf Hitler beispielsweise die sogenannte „Schwarze Sonne“ und andere völkisch-esoterische Symbolik. Nicht erst an dieser Stelle wird deutlich, dass hier eine brandgefährliche Mischung besteht.

Die Protest-Szene gegen die Corona-Schutzverordnung und die –Impfung befindet sich längst in einem Prozess, in dem sich Menschen, die sich selbst niemals der rechten Szene zugehörig fühlen würden, extrem rechte Ideologiefragmente übernehmen und sich von völkischen und neonazistischen Akteur*innen radikalieren und instrumentalisieren lassen.

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (M.), PapyRossa (u.)
- S. 3: Screenshot (o.), Dirk Lukaßen (M.), NS-DOK (u.)
- S. 4: Annette Hiller (o.), Frank Schwalm (u.)
- S. 5: Bartz & Bartz GmbH
- S. 6: Medienprojekt Wuppertal
- S. 7: bpb
- S. 8: AAS
- S. 9: Kulturbüro Sachsen
- S. 10: Beltz Juventa

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 31.01.2022

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.